Schleswig-Holsteinischer Landtag ▪ Postfach 7121 ▪ 24171 Kiel

An die
Vorsitzende des
Innen- und Rechtsausschusses
Frau Barbara Ostmeier

- im Hause -

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen: L 202 – 43/18
Meine Nachricht vom:

Bearbeiter/in:
Dr. Sonja Riedinger

Telefon (0431) 988-1104
Telefax (0431) 988-1250
sonja.riedinger@landtag.ltsh.de

22.02.2013

Synoptische Darstellung versammlungsrechtlicher Vorschriften

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

im Rahmen der 12. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 07.11.2012 wurde der Wissenschaftliche Dienst gebeten, auf der Grundlage von durch die Fraktionen benannten konkreten Regelungstatbeständen eine Übersicht über die Regelungen des Versammlungsrechts in den anderen Bundesländern inklusive der zur Beratung vorliegenden Musterentwürfe oder Gesetzentwürfe zu erstellen.

Konkrete Regelungstatbestände wurden von den Fraktionen der SPD und der Piraten jeweils mit Schreiben vom 28.11.2012 benannt (vgl. Umdruck 18/457). Als Anlage übersende ich Ihnen eine vom Informations- und Dokumentationsdienst erstellte synoptische Darstellung, in der Sie diese Regelungstatbestände zusammengestellt finden.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Wissenschaftlichen Dienst

gez. Dr. Sonja Riedinger

Synoptische Darstellung versammlungsrechtlicher Vorschriften

- **Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz)** idFdB vom 15.11.1978 (BGBl. I S. 1789), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.12.2008 (BGBl. I S. 2366) (im Folgenden: Bund)
- **Entwurf eines Versammlungsgesetzes im Vorfeld der Schaffung von Länderversammlungsgesetzen als Beratungsgrundlage für die Länder**, entnommen aus: Versammlungsgesetz – Kommentar zum Gesetz über Versammlungen und Aufzüge von Dietel/Gintzel/Kniesel, 15. Aufl., 2008 (im Folgenden: E-BL)
- **Bayerisches Versammlungsgesetz (BayVersG)** vom 22.07.2008 (GVBl. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.2010 (GVBl. S. 190) (im Folgenden: BY)
- **Niedersächsisches Versammlungsgesetz (NVersG)** vom 07.10.2010 (GVBl. S. 465, 532) (im Folgenden: NI)
- **Sächsisches Versammlungsgesetz (SächsVersG)** vom 25.01.2012 (GVBl. S. 54) (im Folgenden: SN)
- **Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Landesversammlungsgesetz - VersammlG LSA)** vom 03.12.2009 (GVBl. S. 558) (im Folgenden: ST)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein**, Gesetzentwurf der FDP SH, Drs. 18/119 vom 20.08.2012 (im Folgenden: FDP SH)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Versammlungsfreiheit für das Land Schleswig-Holstein (Versammlungsfreiheitsgesetz – VersFG SH)**, Gesetzentwurf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 17/1955 vom 02.11.2011 (im Folgenden: GRÜNE SH)
- **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetz über die Versammlungsfreiheit**, Gesetzentwurf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 16/498 vom 01.10.2008 (im Folgenden: GRÜNE NI)
- **Musterentwurf eines Versammlungsgesetzes (ME VersG)**, Enders u.a., Arbeitskreis Versammlungsrecht, 2011 (im Folgenden: ME)

Hinweis: Die Regelungen werden zu einigen Punkten zusammengefasst dargestellt. Hervorhebungen zur Verdeutlichung von Unterschieden sind kursiv gesetzt.

1. Versammlungsfreiheit

Bund	„(1) Jedermann hat das Recht, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und an solchen Veranstaltungen teilzunehmen.“	„(2) Dieses Recht hat nicht, 1. wer das Grundrecht der Versammlungsfreiheit gemäß Artikel 18 des Grundgesetzes verwirkt hat, 2. wer mit der Durchführung oder Teilnahme an einer solchen Veranstaltung die Ziele einer nach Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder Teil- oder Ersatzorganisation einer Partei fördern will, 3. eine Partei, die nach Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist, oder 4. eine Vereinigung, die nach Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten ist.“	§ 1
E-BL	„(1) Jedermann hat das Recht, sich <i>friedlich und ohne Waffen</i> öffentlich mit anderen zu versammeln.“	Wie Bund	§ 1
BY	Wie E-BL	Wie Bund	Art. 1
NI	Wie E-BL	Wie ME	§ 1
SN	Wie Bund	Wie Bund	§ 1 Abs. 1, 2
ST	Wie Bund	Wie Bund	§ 1
FDP SH	Wie ME	Wie ME	§ 1
GRÜNE SH	Abs. 1 Satz 1 wie ME; Satz 2, 3: „ <i>Privaten Vereinigungen steht dieses Recht in den Grenzen des Absatz 2 zu. Die Versammlung zu schützen und die Versammlungsfreiheit zu stärken, ist Aufgabe aller Behörden und Einrichtungen des Landes.</i> “	Wie Bund	§ 1
GRÜNE NI	„(1) Jeder hat das Recht, friedlich und ohne Waffen öffentliche Versammlungen zu veranstalten und an sol-	Wie Bund	§ 1 Abs. 1, 4, 7

	chen Veranstaltungen teilzunehmen.“ „(4) <i>Der Schutz der Versammlungsfreiheit ist Aufgabe aller staatlichen Organe und Institutionen.</i> “		
ME	„(1) Jede Person hat das Recht, <i>sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis</i> friedlich und ohne Waffen mit anderen zu versammeln und Versammlungen zu veranstalten.“	„(2) Dieses Recht hat nicht, wer das Grundrecht der Versammlungsfreiheit gemäß Artikel 18 des Grundgesetzes verwirkt hat.“	§ 1

2. Versammlungsbegriff

Bund	keine Regelung	-
E-BL	„(1) Eine Versammlung im Sinne dieses Gesetzes ist eine <i>ortsfeste oder sich fortbewegende</i> Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, <i>überwiegend</i> auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung. (2) Eine öffentliche Versammlung liegt vor, wenn die Teilnahme nicht auf einen individuell feststehenden Personenkreis beschränkt ist.“	§ 2
BY	„(1) Eine Versammlung ist eine Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung.“ Abs. 2 sinngemäß wie E-BL Abs. 2. „(3) <i>Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt dieses Gesetz nur für öffentliche Versammlungen.</i> “	Art. 2
NI	„Eine Versammlung im Sinne dieses Gesetzes ist eine <i>ortsfeste oder sich fortbewegende</i> Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung.“	§ 2
SN	Abs. 3 wie Abs. 1 ME ; „(4) Eine Versammlung ist öffentlich, wenn die Teilnahme nicht auf einen individuell <i>bestimmten</i> Personenkreis beschränkt ist.“	§ 1 Abs. 3, 4
ST	Keine Regelung	-
FDP SH	Wie ME	§ 2

GRÜNE SH	<p>„(1) Eine Versammlung liegt vor bei örtlicher Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung. <i>Keine Versammlung ist eine rein zufällige Menschenansammlung. Der gemeinsame Zweck der Veranstaltung muss in der öffentlichen Meinungsbildung liegen.</i>“</p> <p>(2) Eine Versammlung ist öffentlich, wenn die Teilnahme nicht auf einen individuell <i>bestimmbaren</i> Personenkreis beschränkt ist.“</p>	§ 2
GRÜNE NI	<p>„(1) Versammlungen im Sinne dieses Gesetzes sind Zusammenkünfte von mindestens zwei Personen, die gemeinschaftlich auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung abzielen.“</p> <p>„(3) Eine Versammlung ist öffentlich, wenn die Teilnahme nicht auf einen individuell feststehenden Personenkreis beschränkt ist. <i>Dieses Gesetz gilt für öffentliche Versammlungen.</i>“</p> <p>„(5) <i>Öffentliche Versammlungen finden in geschlossenen Räumen statt, wenn der Versammlungsort einen Eingang hat.</i>“</p>	§ 1 Abs. 2, 3, 5
ME	<p>„(1) Versammlung im Sinne dieses Gesetzes ist eine örtliche Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung. <i>Aufzug</i> ist eine sich fortbewegende Versammlung.</p> <p>(2) Eine Versammlung ist öffentlich, wenn die Teilnahme nicht auf einen individuell bestimmten Personenkreis beschränkt ist <i>oder die Versammlung auf eine Kundgebung an die Öffentlichkeit in ihrem räumlichen Umfeld gerichtet ist.</i></p> <p>(3) Soweit nicht anderes bestimmt ist, gilt dieses Gesetz sowohl für öffentliche als auch für <i>nichtöffentliche</i> Versammlungen.“</p>	§ 2

3. Waffen-, Uniform- und Militanzverbot

Die Regelungen werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt:

	Waffen	Uniformen	
Bund	Verbot, ohne behördliche Ermächtigung - Waffen oder sonstige zur Verletzung von Personen oder Beschädigung von Sachen geeignete und bestimmte Gegenstände - bei öffentlichen Versammlungen oder auf dem Weg dorthin mit sich zu führen, - zu derartigen Veranstaltungen hinzuschaffen, zur Verwendung bereitzuhalten oder zu verteilen.	Verbot, - öffentlich oder in einer Versammlung - Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke - als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen. (Ausnahme auf Antrag für Jugendverbände, die sich vorwiegend der Jugendpflege widmen.)	§ 2 Abs. 3, § 3
E-BL	Sinngemäß wie Bund	Wie Bund, aber ohne Ausnahmeregelung für Jugendverbände.	§§ 6, 7
BY	Sinngemäß wie Bund	Sinngemäß wie Bund; abweichend: - in einer <i>öffentlichen oder nichtöffentlichen</i> Versammlung, ergänzend: - in einer Art und Weise teilzunehmen, dass das äußere Erscheinungsbild <i>paramilitärisch geprägt</i> wird - sofern eine <i>einschüchternde Wirkung entsteht</i> .	Art. 6, 7
NI	Sinngemäß wie Bund; ergänzt durch: - Verbot, in einer Versammlung oder aus ihr heraus durch Gewalttätigkeiten auf Personen oder Sachen einzuwirken, - Abs. 2 Satz 2: „Die zuständige Behörde kann auf Antrag eine Befreiung vom Verbot nach Satz 1 erteilen,	Verbot, in einer Versammlung - durch das Tragen von Uniformen oder Uniformteilen oder sonst in einer Art und Weise im Zusammenwirken mit anderen Personen den <i>Eindruck von Gewaltbereitschaft</i> zu vermitteln.	§ 3

	wenn dies zum Schutz einer an der Versammlung teilnehmenden Person erforderlich ist. Auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst findet Satz 1 keine Anwendung.“		
SN	Wie Bund	Wie Bund; ergänzt durch: - wenn infolge des äußeren Erscheinungsbildes <i>durch die Vermittlung von Gewaltbereitschaft einschüchternd auf Teilnehmer und Außenstehende eingewirkt wird.</i>	§ 2 Abs. 3, § 3
ST	Wie Bund	Sinngemäß wie Bund; ergänzt durch: - <i>einschüchternde Wirkung.</i>	§ 2 Abs. 3, § 3
FDP SH	Wie ME	Wie NI; zusätzlich: „(3) Die zuständige Behörde trifft zur Durchsetzung des Verbots Anordnungen, in denen die vom Verbot erfassten Gegenstände erfasst sind.“	§ 8
GRÜNE SH	Wie ME	Sinngemäß wie ME	§ 14 Abs. 2, § 16
GRÜNE NI	Wie Bund	Sinngemäß wie Bund, ergänzend: - <i>einschüchternde Wirkung</i>	§ 2 Abs. 3; § 3
ME	Sinngemäß wie Bund (ohne die Möglichkeit der behördlichen Ermächtigung); abweichend: -Gegenstände, die ihrer Art nach zur Herbeiführung <i>erheblicher</i> Schäden geeignet und bestimmt sind, - auf dem Weg zu <i>oder von</i> Versammlungen mit sich zu führen.	Verbot, - eine Versammlung <i>unter freiem Himmel</i> - zu veranstalten, zu leiten oder an ihr teilzunehmen, wenn diese - infolge des äußeren Erscheinungsbildes - durch das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken oder - durch ein <i>paramilitärisches Auftreten</i> oder auf vergleichbare Weise - <i>Gewaltbereitschaft</i> vermittelt und dadurch <i>einschüchternd</i> wirkt. „(2) Die zuständige Behörde trifft zur Durchsetzung des Verbots Anordnungen, in	§§ 8, 18

		denen die Gegenstände oder Verhaltensweisen bezeichnet sind.“	
--	--	---	--

4. Vermummungs- und Schutzausrüstungsverbot

Ausnahmen sehen einige Gesetze/Entwürfe vor für religiöse Veranstaltungen und Volksfeste (Bund, SN, BY, E-BL).

Die Regelungen werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt:

Bund	1. Verbot von <i>Schutzwaffen</i> bzw. von als Schutzwaffen geeigneten Gegenständen, die geeignet und dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen der Polizei abzuwehren, auf öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, Aufzügen oder sonstigen öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel oder auf dem Weg dorthin, 2. Verbot der Teilnahme in einer Aufmachung oder mit Gegenständen, die geeignet und bestimmt sind, die Feststellung der Identität zu verhindern; gleiches gilt für den Weg zur Veranstaltung. 3. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen zulassen, u. a. wenn eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nicht zu besorgen ist, 4. zur Durchsetzung der Verbote Anordnungen treffen und 5. Personen, die diesen Verboten zuwiderhandeln, ausschließen.	§ 17a
E-BL	Sinngemäß wie Bund 1., 2., 3.; ergänzend: - Verbot, sich im <i>Anschluss oder sonst im Zusammenhang mit derartigen Veranstaltungen mit anderen zu einem gemeinschaftlichen friedensstörenden Handeln zusammenzuschließen</i> und dabei Waffen oder Schutzwaffen mit sich zu führen oder in einer Aufmachung aufzutreten, die geeignet und darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern.	§ 17
BY	Wie E-BL	Art. 16
NI	Sinngemäß wie Bund 1., 2., 3.; abweichend: - <i>Schutzausrüstung</i> , - Befreiung von den Verboten, wenn die öff. Sicherheit oder Ordnung nicht <i>unmittelbar</i> gefährdet wird.	§ 9
SN	Wie Bund	§ 17
ST	Sinngemäß wie Bund; abweichend: - Behörde <i>soll</i> Ausnahmen zulassen, wenn eine Gefährdung der <i>Friedlichkeit</i> nicht zu besorgen ist.	§ 15
FDP SH	Wie ME	§ 17

GRÜNE SH	Wie ME; abweichend und ergänzend: - bei <i>öffentlichen</i> Versammlungen unter freiem Himmel oder <i>auf dem unmittelbaren Weg</i> dorthin; - Ausnahmen wie GRÜNE NI 3. - wie Bund 5.	§ 15
GRÜNE NI	1. Sinngemäß wie Bund 1., abweichend: - auf dem <i>unmittelbaren</i> Weg dorthin; 2. sinngemäß wie Bund 2., abweichend: - Wegfall von „oder mit Gegenständen“; 3. Ausnahmen können zugelassen werden, wenn eine Gefährdung der öff. <i>Sicherheit</i> nicht zu besorgen ist <i>und individuelle Schutzgründe geltend gemacht werden</i> . 4. wie Bund 4. und 5.	§ 14
ME	1. Verbot, bei oder im Zusammenhang mit einer Versammlung unter freiem Himmel Gegenstände mit sich zu führen, die a) zur Identitätsverschleierung geeignet und darauf gerichtet sind, eine <i>zu Zwecken der Verfolgung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit durchgeführte</i> Feststellung der Identität zu verhindern oder b) als <i>Schutzrüstung</i> geeignet und darauf gerichtet sind, Vollstreckungsmaßnahmen abzuwehren. 2. Die zuständige Behörde trifft zur Durchsetzung des Verbots Anordnungen, <i>in denen die vom Verbot erfassten Gegenstände bezeichnet sind</i> .	§ 17

5. Anzeigepflicht und Inhalt der Anzeige

5. 1. Anzeigepflicht

Die Regelungen sehen eine Anzeige- oder Anmeldepflicht für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bis spätestens 48 Stunden vor der Einladung bei der zuständigen Behörde vor (Ausnahme E-BL: 72 Stunden). Im Gesetzentwurf der GRÜNEN SH entfällt die Anzeigepflicht, wenn nicht mehr als 10 Teilnehmer und durch diese keine Verkehrsbehinderungen zu erwarten sind.

Die 48-Stunden-Frist gilt nicht bei Eilversammlungen; bei Spontanversammlungen entfällt die Anzeigepflicht (E-BL, BY, NI, SN, ST, FDP SH, GRÜNE SH, GRÜNE NI, ME).

Eine Anzeigepflicht für öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen findet sich nicht.

5. 2 Inhalt der Anmeldung/Anzeige

Die Regelungen werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt:

Bund	Gegenstand der Versammlung, für die Leitung verantwortliche Person.	§ 14
E-BL	Ort, Zeitpunkt des Beginns, Thema, Veranstalter, Leiter, erwartete Teilnehmerzahl, Ablauf, zur Durchführung der Versammlung mitgeführte Gegenstände oder technische Hilfsmittel, vorgesehene Zahl von Ordnern und auf Anforderung auch deren persönliche Daten, ggf. Streckenverlauf.	§ 13
BY	Ort, Zeitpunkt des beabsichtigten Beginns und Endes, Thema, Veranstalter und Leiter, ggf. Streckenverlauf, auf Anforderung auch die persönlichen Daten eines Ordners.	Art. 13
NI	Wie E-BL; abweichend: <i>persönliche Daten</i> des Leiters; Angaben zum geplanten Ablauf, zu den zur Durchführung der Versammlung mitgeführten Gegenständen, insbesondere technische Hilfsmittel sowie zu Zahl und persönlichen Daten der Ordner <i>können</i> verlangt werden <i>so weit erforderlich zur Abwehr einer Gefahr für die öff. Sicherheit</i> .	§ 5
SN	Wie Bund	§14
ST	Wie Bund	§ 12
FDP SH	Wie ME	§ 10
GRÜNE SH	Wie ME	§ 6
GRÜNE NI	Leiter	§ 12
ME	Geplanter Ablauf nach Ort, Zeit und Thema, ggf. Streckenverlauf, Veranstalter, Name und Anschrift des Leiters, ggf. Zahl der Ordner.	§ 10

6. Beschränkungen, Verbot, Auflösung

6. 1 Beschränkungen, Verbot, Auflösung von öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen

Hinweis: Der Entwurf GRÜNE SH unterscheidet nicht zwischen Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel.

	Verbot, Beschränkung	Auflösung	
Bund	„Die Abhaltung einer Versammlung kann nur im Einzelfall und nur dann <i>verboten</i> werden, wenn 1. der Veranstalter unter die Vorschriften des § 1 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 fällt, und im Falle der Nummer 4 das Verbot	„(1) Die Polizei (§ 12) kann die Versammlung nur dann und unter Angabe des Grundes <i>auflösen</i> , wenn 1. der Veranstalter unter die Vorschriften des § 1 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 fällt, und im Falle der Nummer 4 das Verbot durch die zuständige	§§ 5, 13

	<p>durch die zuständige Verwaltungsbehörde festgestellt worden ist,</p> <p>2. der Veranstalter oder Leiter der Versammlung Teilnehmern Zutritt gewährt, die Waffen oder sonstige Gegenstände im Sinne von § 2 Abs. 3 mit sich führen,</p> <p>3. Tatsachen festgestellt sind, aus denen sich ergibt, daß der Veranstalter oder sein Anhang einen gewalttätigen oder aufrührerischen Verlauf der Versammlung anstreben,</p> <p>4. Tatsachen festgestellt sind, aus denen sich ergibt, daß der Veranstalter oder sein Anhang Ansichten vertreten oder Äußerungen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben.“</p>	<p>Verwaltungsbehörde festgestellt worden ist,</p> <p>2. die Versammlung einen gewalttätigen oder aufrührerischen Verlauf nimmt oder unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer besteht,</p> <p>3. der Leiter Personen, die Waffen oder sonstige Gegenstände im Sinne von § 2 Abs. 3 mit sich führen, nicht sofort ausschließt und für die Durchführung des Ausschlusses sorgt,</p> <p>4. durch den Verlauf der Versammlung gegen Strafgesetze verstoßen wird, die ein Verbrechen oder von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben, oder wenn in der Versammlung zu solchen Straftaten aufgefordert oder angereizt wird und der Leiter dies nicht unverzüglich unterbindet. In den Fällen der Nummern 2 bis 4 ist die Auflösung nur zulässig, wenn andere polizeiliche Maßnahmen, insbesondere eine Unterbrechung, nicht ausreichen. (2) Sobald eine Versammlung für aufgelöst erklärt ist, haben alle Teilnehmer sich sofort zu entfernen.“</p>	
E-BL	<p>Sinngemäß wie Bund; abweichend: Die zuständige Behörde kann eine Versammlung <i>beschränken</i> oder <i>verbieten</i>.</p>	<p>1. Sinngemäß wie Bund Abs. 1; abweichend: <i>Nach Versammlungsbeginn</i> kann die zuständige Behörde <i>beschränken</i> oder <i>auflösen</i>. 2. Ergänzend: „(3) Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.“</p>	§ 11
BY	Wie E-BL	Wie E-BL 1.	§ 12
NI	<p>„(1) Die zuständige Behörde kann eine Versammlung in geschlossenen Räumen <i>beschränken</i>, wenn ihre <i>Friedlichkeit</i> unmittelbar gefährdet ist. (2) Die zuständige Behörde kann eine Versammlung <i>verbieten</i> oder <i>auflösen</i>, wenn ihre <i>Friedlichkeit</i> unmittelbar gefährdet ist und die Gefahr nicht anders abgewehrt werden kann. Eine verbotene Versammlung ist aufzulösen. Nach der Auflösung haben sich die teilnehmenden Personen <i>unverzüglich</i> zu entfernen. (3) Geht die Gefahr nicht von der Versammlung aus, so sind die in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen nur zulässig, wenn 1. Maßnahmen gegen die die Gefahr verursachenden Personen</p>		§ 14

	<p>nicht oder nicht rechtzeitig möglich sind oder keinen Erfolg versprechen und</p> <p>2. die zuständige Behörde die Gefahr nicht oder nicht rechtzeitig selbst oder mit durch Amts- und Vollzugshilfe ergänzten Mitteln und Kräften abwehren kann.</p> <p>(4) Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 Satz 1 sind zu begründen.“</p>		
SN	Wie Bund	Wie Bund	§§ 4, 13
ST	Wie Bund	Wie Bund	§§ 4, 11
FDP SH	Wie NI		§ 19
GRÜNE SH	<p>„(1) Die zuständige Behörde kann die Durchführung einer Versammlung <i>beschränken</i> oder <i>verbieten</i>, nach Beginn die Versammlung auch <i>auflösen</i>, wenn die Veranstalterin oder der Veranstalter unter die Vorschriften des § 1 Absatz 2 Nr. 1 bis 4 fällt, und im Falle der Nummer 4 das Verbot durch die zuständige Behörde festgestellt worden ist oder, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen eine unmittelbare Gefahr</p> <p>1. eines gewalttätigen Verlaufs der Versammlung oder</p> <p>2. für Leben und Gesundheit von Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder Dritten Personen</p> <p>oder</p> <p>3. dafür besteht, dass in der Versammlung gegen Strafgesetze verstoßen wird, die ein Verbrechen oder von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben, oder wenn in der Versammlung zu solchen Straftaten aufgefordert wird und die Leitung dies nicht unverzüglich unterbindet.</p> <p>(2) Die zuständige Behörde kann eine Versammlung verbieten oder beschränken, nach Beginn der Versammlung auch auflösen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die unmittelbare Gefahr besteht, dass durch die Versammlung Gewalt- und Willkürherrschaft gebilligt, verherrlicht oder gerechtfertigt und dadurch der öffentliche Friede gestört wird.</p> <p>(3) Symbolträchtige Stätten oder Tage dürfen nicht für Versammlungen genutzt werden, wenn damit das Ziel verfolgt wird, Gewalt- und Willkürherrschaft zu billigen, zu verherrlichen oder zu rechtfertigen.</p> <p>(4) Verbot und Auflösung setzen voraus, dass Beschränkungen nicht ausreichen. Eine verbotene Versammlung ist aufzulösen.</p> <p>(5) Die Bekanntgabe einer nach Versammlungsbeginn ergehenden Beschränkung oder Auflösung muss unter Angabe des Grundes für die Maßnahme der Auflösung so erfolgen, dass ihr Inhalt von den in der Versammlung Anwesenden zur Kenntnis genommen werden kann.</p> <p>(6) Sobald die Versammlung für aufgelöst erklärt ist, haben alle anwesenden Personen sich <i>unverzüglich</i> zu entfernen.“</p>		§ 19
GRÜNE NI	Sinngemäß wie Bund; Abweichend: Wegfall von „oder aufrührerischen“ (Verlauf), s. Bund Abs. 1 Nr. 3.	Sinngemäß wie Bund Abs. 1 Nr. 1, 2, 4 und Abs. 2; Abweichend: Wegfall von „oder aufrührerischen“ (Verlauf), s. Bund Abs. 1 Nr. 2.	§§ 6,11

ME	<p>„(1) Die zuständige Behörde kann die Durchführung einer Versammlung in geschlossenen Räumen <i>beschränken</i> oder <i>verbieten</i>, die Versammlung nach deren Beginn auch <i>auflösen</i>, wenn nach den zur Zeit der Erlasses der Maßnahmen erkennbaren Umständen eine unmittelbare Gefahr</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eines <i>unfriedlichen</i> Verlaufs der Versammlung, 2. für Leben oder Gesundheit von Personen oder 3. dafür besteht, dass in der Versammlung Äußerungen erfolgen, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen darstellen. <p>(2) Verbot oder Auflösung setzen voraus, dass Beschränkungen nicht ausreichen. (...)</p> <p>(4) Geht eine unmittelbare Gefahr für die in Absatz 1 genannten Rechtsgüter von Dritten aus, sind Maßnahmen der Gefahrenabwehr gegen diese zu richten. Kann dadurch die Gefahr auch unter Heranziehung von landes- und bundesweit verfügbaren Polizeikräften nicht abgewehrt werden, dürfen Maßnahmen nach den Absätzen 1 oder 2 auch zulasten der Versammlung ergriffen werden, von der die Gefahr nicht ausgeht.</p> <p>(5) Sollen eine beschränkende Verfügung oder ein Verbot ausgesprochen werden, so sind diese nach Feststellung der Voraussetzungen, die diese Verfügung rechtfertigen, unverzüglich bekannt zu geben.</p> <p>(6) Die Bekanntgabe einer nach Versammlungsbeginn ergehenden beschränkenden Verfügung oder einer Auflösung muss unter Angabe des Grundes der Maßnahme erfolgen. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Verfügungen nach Satz 1 haben keine aufschiebende Wirkung.</p> <p>(7) Sobald die Versammlung für aufgelöst erklärt ist, haben alle anwesenden Personen sich <i>unverzüglich</i> zu entfernen. <i>Es ist verboten, anstelle der aufgelösten Versammlung eine Ersatzversammlung durchzuführen.</i>“</p>	§ 23
----	---	------

6. 2 Beschränkungen, Verbot, Auflösung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel

Bund	§§ 15, 16, 17
E-BL	§ 15
BY	Art. 15
NI	§ 8
SN	§§ 15,16
ST	§§ 13,14
FDP SH	§ 13
GRÜNE SH	§ 19
GRÜNE NI	§ 13
ME	§§ 13, 19, 20

Trotz teilweise erheblicher Unterschiede sehen alle Gesetze/Entwürfe bei Versammlungen unter freiem Himmel sinngemäß die Beschränkung, das Verbot oder die Auflösung einer Versammlung vor, wenn

1. die öffentliche Sicherheit (oder Ordnung) unmittelbar gefährdet ist, insbesondere wenn
2. die Versammlung an einem Tag oder Ort stattfinden soll, der in besonderer Weise an die (nationalsozialistische) Gewalt- und Willkürherrschaft erinnert und eine Beeinträchtigung a) der Würde der Opfer zu besorgen ist, b) die unmittelbare Gefahr einer erheblichen Verletzung grundlegender sozialer oder ethischer Anschauungen besteht (BY, ST, FDP SH) oder c) die nationalsozialistische (und kommunistische) Gewalt- und Willkürherrschaft gebilligt, verherrlicht, gerechtfertigt oder verharmlost wird (NI, BY, FDP SH, SN, GRÜNE SH, ME).
3. Eine Versammlung kann aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet ist, von den Angaben der Anmeldung abgewichen oder den Auflagen zuwidergehandelt wird (Bund, NI, GRÜNE NI, SN, ST).

Besondere Regelungen gelten für öffentliche Versammlungen innerhalb des befriedeten Bannkreises der Gesetzgebungsorgane der Länder sowie für religiöse Veranstaltungen und Volksfeste.

7. Untersagung der Teilnahme oder Anwesenheit und Ausschluss von Personen

Die Regelungen werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt:

	Öff. Versammlungen in geschlossenen Räumen	Öff. Versammlungen unter freiem Himmel	
Bund	<p>1. Bestimmte Personen oder Personenkreise können in der Einladung von der Teilnahme an einer Veranstaltung <i>ausgeschlossen</i> werden.</p> <p>2. Pressevertreter können nicht ausgeschlossen werden.</p> <p>3. Der Leiter kann Teilnehmer, welche die Ordnung gröblich stören, von der Versammlung <i>ausschließen</i>.</p>	Die Polizei kann Teilnehmer, welche die Ordnung gröblich stören, von der Versammlung/dem Aufzug <i>ausschließen</i> .	§§ 6, 11, 18 Abs. 3, § 19 Abs. 4

E-BL	1. Sinngemäß wie Bund 1. und 2; 2. sinngemäß wie Bund 3.; - abweichend: <i>erheblich</i> stören.	Sinngemäß wie Bund; abweichend: <i>erheblich</i> stören.	§ 9 Abs. 2, 3, § 10 Abs. 2, § 15 Abs. 4
BY	Wie E-BL	Wie E-BL	Art. 10 Abs. 1, 2, Art. 11 Abs.1, Art.15 Abs. 5
NI	1. Sinngemäß wie Bund 1. 2. Pressevertretern darf der Zutritt <i>versagt</i> werden, wenn ausschließlich bestimmte Personen eingeladen worden sind. 3. Der Leiter kann Teilnehmer sowie <i>Pressevertreter</i> von der Versammlung ausschließen, wenn sie die Ordnung <i>erheblich</i> stören. 4. Der Leiter hat Personen auszuschließen, die entgegen § 3 Abs. 2 Waffen oder sonstige Gegenstände mit sich führen.	1. Die zuständige Behörde kann Personen die Teilnahme an einer Versammlung <i>untersagen</i> oder diese von der Versammlung <i>ausschließen</i> , wenn dies zur Durchsetzung der Verbote nach den §§ 3 und 9* unerlässlich ist. 2. Sie kann Teilnehmer, die die Ordnung erheblich stören, von der Versammlung <i>ausschließen</i> , wenn die Ordnung nicht anders gewährleistet werden kann. * Friedlichkeit und Waffenlosigkeit, Schutzausrüstungs- und Vermummungsverbot.	§ 10 Abs. 3 § 13 Abs. 2-5
SN	Wie Bund	Wie Bund; abweichend: <i>grob</i> stören.	§§ 5, 10, 18 Abs. 3, § 19 Abs. 4
ST	Wie Bund	Wie Bund	§§ 5, 10, § 16 Abs. 3, § 17 Abs. 4
FDP SH	Wie ME	Wie ME	§ 6 Abs. 4, §§14, 18, 20

GRÜNE SH	<p>1. Bestimmte Personen oder Personenkreise dürfen in der Einladung ausgeschlossen werden, <i>sofern dies nicht Angehörige bestimmter Personengruppen herabsetzt oder in ihrer Menschenwürde beeinträchtigt.</i></p> <p>2. Die Anwesenheit von Pressevertretern darf nicht unterbunden werden.*</p> <p>3. Wie E-BL 2.; abweichend: <i>darf</i> ausschließen.*</p> <p>4. Die zuständige Behörde kann die Teilnahme oder Anwesenheit <i>untersagen</i>, wenn von der Person nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen bei Durchführung der Versammlung eine unmittelbare Gefahr im Sinne von Abs. 1 (gewalttätiger Verlauf, Gefährdung von Leben und Gesundheit, Verstoß gegen Strafgesetze, Aufforderung zu Straftaten) ausgeht.*</p> <p>* Gilt für alle öff. Versammlungen.</p>	Die zuständige Behörde kann bei Zuwiderhandlung gegen Anordnungen zum Vermummungs- und Schutzausrüstungsverbot die Teilnahme <i>untersagen</i> oder von der Versammlung <i>ausschließen</i> .	§ 5, § 8 Abs. 4, 5, § 15 Abs. 3, § 19 Abs. 7
GRÜNE NI	<p>1. Wie Bund 1.-3.</p> <p>2. Die Polizei kann Teilnehmer <i>ausschließen</i>, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. (Gilt für alle öff. Versammlungen).</p>	Die zuständige Behörde kann bei Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen zum Schutzwaffen- und Vermummungsverbot Personen von der Versammlung <i>ausschließen</i> .	§ 7 Abs. 1, 2, § 9 Abs. 3, § 4 Satz 5, § 14 Abs. 3
ME	<p>1. Sinngemäß wie E-BL; Abweichend: - <i>Vertreter der Medien</i></p> <p>2. wie Bund 3., gilt aber für alle Versammlungen</p> <p>3. Die zuständige Behörde kann - die Teilnahme oder Anwesenheit <i>vor Beginn untersagen</i>, wenn von der Person nach den zur Zeit des Erlasses der Verfü-</p>	Die zuständige Behörde kann - die Teilnahme oder Anwesenheit <i>vor Beginn untersagen</i> , wenn von der Person erkennbar eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht oder - <i>ausschließen</i> , wer durch sein Verhalten <i>in</i> der Versammlung die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet, ohne dass dies die Lei-	§ 6 Abs. 4, §§ 14, 22, 24

	<p>gung erkennbaren Umständen bei Durchführung der Versammlung eine unmittelbare Gefahr im Sinne von § 23 Abs.1 (unfriedlicher Verlauf, Gefährdung von Leben und Gesundheit, Äußerungen, die ein Verbrechen oder Vergehen darstellen) ausgeht oder</p> <p>- <i>ausschließen</i>, wer durch sein Verhalten <i>in</i> der Versammlung eine unmittelbare Gefahr nach § 23 Abs. 1 verursacht, ohne dass dies die Versammlungsleitung unterbindet.</p>	<p>tung unterbindet, oder wer einer Anordnung zum Vermummungs- und Schutzausrüstungsverbot oder zum Uniform- und Militanzverbot zuwiderhandelt.</p>	
--	---	---	--

8. Versammlungsleitung und ihre Befugnisse und Pflichten

8.1. Versammlungsleitung

Jede Versammlung muss (soll) einen Leiter haben. Dies gilt nur eingeschränkt im ME (§ 5 Abs. 3); in einigen anderen Regelungen nicht für Spontanversammlungen (BY, ST, GRÜNE NI) oder wenn die Versammlung beschließt, keine Leitung zu bestimmen (GRÜNE NI).

In der Regel ist der Veranstalter der Leiter.
Die Leitung ist übertragbar.

8. 2. Befugnisse und Pflichten

Die Regelungen werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt:

	Öff. Versammlungen in geschlossenen Räumen	Öff. Versammlungen unter freiem Himmel	
	Der Leiter/die Versammlungsleitung	Der Leiter/die Versammlungsleitung	
Bund	<ul style="list-style-type: none"> - übt das Hausrecht aus, - bestimmt den Ablauf der Versammlung, - hat für Ordnung zu sorgen, - kann jederzeit unterbrechen oder schließen, 	<ul style="list-style-type: none"> - bestimmt den Ablauf, - hat für Ordnung zu sorgen, - kann unterbrechen oder schließen, - kann sich der Hilfe einer angemessenen 	§§ 7, 8, 9, 11 Abs. 1, § 18 Abs. 1, § 19

	<ul style="list-style-type: none"> - kann sich der Hilfe einer angemessenen Zahl ehrenamtlicher, volljähriger Ordner bedienen, muss deren Zahl auf Anforderung der Polizei mitteilen, - kann Teilnehmer, welche die Ordnung gröblich stören, ausschließen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Zahl ehrenamtlicher Ordner bedienen, - ist verpflichtet, einen Aufzug für beendet zu erklären, wenn er sich nicht durchzusetzen vermag. 	
E-BL	<ul style="list-style-type: none"> - übt das Hausrecht aus - kann Teilnehmer, welche die Ordnung <i>erheblich</i> stören, ausschließen, - bestimmt Ablauf der Versammlung* - hat für Ordnung zu sorgen* - kann jederzeit schließen* - <i>hat geeignete Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass aus der Versammlung heraus Gewalttätigkeiten begangen werden,*</i> - kann sich einer angemessenen Zahl ehrenamtlicher, volljähriger Ordner bedienen*. <p>* Gilt für alle öff. Versammlungen</p>	s. linke Spalte	§§ 3, 4, 10
BY	<ul style="list-style-type: none"> - übt das Hausrecht aus - kann Teilnehmer, welche die Ordnung erheblich stören, ausschließen, - bestimmt den Ablauf der Versammlung* - hat für Ordnung zu sorgen,* - kann jederzeit schließen,* - <i>muss anwesend sein,*</i> - kann sich der Hilfe einer angemessenen Anzahl volljähriger Ordner bedienen.* <p>* Gilt für alle öff. Versammlungen.</p>	s. linke Spalte	Art. 3, 4, 11
NI	<ul style="list-style-type: none"> - darf Personen, die Waffen oder sonstige Gegenstände, die zur Verletzung von Personen 	<ul style="list-style-type: none"> - bestimmt den Ablauf, - hat für Ordnung zu sorgen und <i>kann zur Ordnung rufen,</i> 	§§ 7, 13

	<p>oder der Beschädigung von Sachen geeignet sind, mit sich führen, keinen Zutritt gewähren bzw. hat diese auszuschließen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - kann Teilnehmer sowie <i>Pressevertreter</i> ausschließen, wenn sie die Ordnung erheblich stören, - bestimmt Ablauf, - hat für Ordnung zu sorgen, kann <i>zur Ordnung rufen</i>, - kann jederzeit <i>beenden</i>, - <i>muss anwesend und für die zuständige Behörde erreichbar sein</i>, - kann sich der Hilfe von Ordnern bedienen. 	<ul style="list-style-type: none"> - kann jederzeit beenden, - <i>muss anwesend und für die zuständige Behörde erreichbar sein</i>, - kann sich der Hilfe von Ordnern bedienen. 	
SN	Wie Bund	Wie Bund	§§ 6, 7, 8, 10, 18, 19,
ST	Wie Bund; abweichend: <i>geeignete</i> , ehrenamtliche Ordner.	Wie Bund; abweichend: <i>geeignete</i> , ehrenamtliche Ordner.	§§ 6, 7, 8, 10, 16, 17
FDP SH	Wie ME; abweichend: <i>geeignete</i> Ordner		§§ 5, 6
GRÜNE SH	Wie ME; zusätzlich: übt Hausrecht aus.		§§ 7, 8
GRÜNE NI	Wie Bund; abweichend: Ordner müssen <i>mindestens 14 Jahre alt</i> sein, die zuständige Behörde kann <i>Volljährigkeit</i> verlangen.	Wie Bund; abweichend: Ordner müssen <i>mindestens 14 Jahre alt</i> sein, die zuständige Behörde kann <i>Volljährigkeit</i> verlangen.	§§ 8, 9, 10, 15
ME	<ul style="list-style-type: none"> - sorgt für ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlung und <i>wirkt auf deren Friedlichkeit hin</i>, - darf jederzeit unterbrechen oder schließen, - kann sich der Hilfe von <i>Ordnern</i> bedienen, - darf Personen, welche die Ordnung erheblich stören, ausschließen. <p>Die Vorschriften über die Versammlungsleitung gelten für nichtöffentliche Versammlungen nur, wenn eine Versammlungsleitung bestimmt ist.</p>		§§ 5, 6

9. Ablehnungsbefugnis bezüglich Leitern und Ordnern

Die zuständige Behörde kann den Leiter bzw. Ordner ablehnen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass ihr Einsatz unmittelbar die öffentliche Sicherheit der Versammlung (NI, FDP SH, ME, E-BL) oder die Friedlichkeit (BY, E-BL (geschl. Räume)) gefährdet. Der E-BL sieht als weiteren Grund für die Ablehnung von Ordnern vor, wenn diese ungeeignet sind, die Versammlungsleitung darin zu unterstützen, für Ordnung zu sorgen.

Bund	(Die Polizei kann die Zahl der Ordner bei öff. Veranstaltungen in geschlossenen Räumen angemessen beschränken).	§ 9 Abs. 2 Satz 2
E-BL	Ordner	§ 9 Abs. 4 Satz 2, § 13 Abs. 5 Satz 2
BY	Leiter und Ordner	Art. 10 Abs. 3, 4, Art. 13 Abs. 5, 6
NI	Leiter und Ordner	§ 10 Abs. 1, § 15 Abs. 2
SN	Wie Bund	§ 8 Abs. 2 Satz 2
ST	Wie Bund	§ 8 Abs. 2 Satz 2
FDP SH	Leiter und Ordner (gilt nur für öff. Versammlungen unter freiem Himmel)	§ 12
GRÜNE SH	Keine Regelung	
GRÜNE NI	Wie Bund	§ 10 Abs. 2 Satz 2
ME	Leiter und Ordner (gilt nur für öff. Versammlungen unter freiem Himmel)	§ 12

10. Entsendung von Polizeibeamten, Anwesenheitsrecht der Polizei

Die Regelungen werden im Folgenden überwiegend zusammengefasst dargestellt:

Bund	„Werden Polizeibeamte in eine öffentliche Versammlung in geschlossenen Räumen entsandt, so haben sie sich dem Leiter zu erkennen zu geben. Es muss ihnen ein angemessener Platz eingeräumt werden.“	§ 12
E-BL	Sinngemäß wie Bund (gilt aber für alle Versammlungen); zusätzlich: Polizeibeamte <i>oder die polizeiliche Einsatzleitung</i> haben sich dem Leiter zu erkennen zu geben.	§ 4 Abs. 4
BY	Polizeibeamte haben das Recht auf Zugang und einen angemessenen Platz bei - Versammlungen unter freiem Himmel falls zur polizeilichen Aufgabenerfüllung erforderlich, - Versammlungen in geschlossenen Räumen bei tatsächlichen Anhaltspunkten für die Begehung von Straftaten oder einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und - haben sich dem Leiter zu erkennen zu geben.	Art. 4 Abs. 3

NI	Die Polizei kann - bei Versammlungen unter freiem Himmel anwesend sein, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist, - bei Versammlungen in geschlossenen Räumen anwesend sein, wenn dies zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr für die Friedlichkeit der Versammlung erforderlich ist, hat sich dem Leiter zu erkennen zu geben.	§§ 11, 16
SN	1. Polizeibeamte können in eine öffentliche Versammlung in geschlossenen Räumen entsandt werden, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht oder eine solche Gefahr zu befürchten ist. 2. Wie Bund	§ 11
ST	Keine Regelung	-
FDP SH	Keine Regelung	-
GRÜNE SH	Wie NI; abweichend: - wenn <i>zwingend</i> erforderlich; - Polizeibeamte haben sich <i>unverzüglich</i> zu erkennen zu geben.	§ 18
GRÜNE NI	„Werden Polizistinnen und Polizisten in eine öffentliche Versammlung entsandt, so haben sie sich der Versammlungsleitung <i>unverzüglich und unaufgefordert</i> zu erkennen zu geben. Es muss ihnen angemessener Platz eingeräumt werden.“ (Die Polizeibeamten müssen als solche erkennbar sein und Namensschilder tragen oder durch eine anderweitige Kennzeichnung identifizierbar sein.)	§ 4 Satz 2, 3
ME	Bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass von einer öffentlichen Versammlung in geschlossenen Räumen eine Gefahr nach Abs. 1 ausgeht (unfriedlicher Verlauf, Gefahr für Leben und Gesundheit von Personen, Äußerungen, die ein Verbrechen oder Vergehen darstellen), dürfen Polizeibeamte anwesend sein. Sie haben sich der Versammlungsleitung zu erkennen zu geben.	§ 23 Abs. 3

11. Aufnahmen und Aufzeichnungen von Bild und Ton

Einige Gesetze/Entwürfe differenzieren zwischen Bild- und Tonaufnahmen einerseits und Aufzeichnungen andererseits (BY, NI, FDP SH, GRÜNE SH, ME).

Einige Gesetze/Entwürfe regeln neben den Aufnahmen bzw. Aufzeichnungen von Personen gesondert auch Übersichtsaufnahmen bzw. deren Aufzeichnungen (BY, NI, FDP SH, GRÜNE SH, E-BL, ME).

Einige Gesetze/Entwürfe unterscheiden zwischen Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel (BY, NI, FDP SH, GRÜNE SH, E-BL, ME).

In allen Vorschriften sind Aufnahmen bzw. Aufzeichnungen auch zulässig, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden.

Die Befugnisse zur Erhebung personenbezogener Daten nach Maßgabe der Strafprozessordnung und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten bleiben unberührt (Bund, BY, SN, ST, GRÜNE NI).

11. 1. Bild- und Tonaufnahmen von Teilnehmern/einer teilnehmenden Person

Die Regelungen werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt:

Bund	<ul style="list-style-type: none"> - Bild- und Tonaufnahmen von Teilnehmern bei oder im Zusammenhang mit öff. Versammlungen nur, wenn von ihnen erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen, - Vernichtung der Unterlagen <i>unverzüglich</i> nach Beendigung der Versammlung oder zeitlich und sachlich damit unmittelbar im Zusammenhang stehender Ereignisse bzw. nach spätestens <i>drei Jahren</i>, soweit sie für <ul style="list-style-type: none"> a) die Verfolgung von Straftaten oder b) im Einzelfall zur Gefahrenabwehr, wenn zu besorgen ist, dass von der Person Gefahren für künftige Versammlungen ausgehen, benötigt werden. 	§§ 12a, 19a
E-BL	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Offene</i> Bild- und Tonaufnahmen von einer teilnehmenden Person bei oder im Zusammenhang mit einer öff. Veranstaltung nur <ul style="list-style-type: none"> - bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Versammlungen unter freiem Himmel) und bei - Verursachung von Gründen nach § 11 Satz 2 (gewalttätiger Verlauf, unmittelbare Gefahr für Leib und Leben, Verstoß gegen Strafgesetze, Aufruf zu Straftaten) (Versammlungen in geschlossenen Räumen). - <i>Verdeckte</i> Aufnahmen von einer teilnehmenden Person sind zulässig zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit, wenn deren Abwehr auf andere Weise erheblich erschwert wäre (Versammlungen unter freiem Himmel). - Der Betroffene ist über die Maßnahme zu unterrichten. - Vernichtung der Aufnahmen unverzüglich nach Beendigung der Versammlung oder zeitlich oder sachlich damit unmittelbar im Zusammenhang stehender Ereignisse bzw. spätestens nach <i>drei Jahren</i> sofern sie für <ul style="list-style-type: none"> a) die Verfolgung einer Straftat oder einer <i>Ordnungswidrigkeit</i> oder b) wie Bund b) oder, sofern eine Störung der öffentlichen Sicherheit aufgetreten ist für c) <i>die polizeiliche Aus- und Fortbildung (anonymisiert) oder</i> d) <i>die befristeten Dokumentation polizeilichen Handelns</i> verwendet werden. 	§§ 12, 16
SN	Wie Bund	§§ 12, 20
GRÜNE NI	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Offene</i> Bild- und Tonaufnahmen von Teilnehmern einer Versammlung nur, wenn von ihnen erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit ausgehen. - Aufnahmen sind unverzüglich nach Beendigung der Versammlung zu vernichten, soweit sie nicht für die Verfolgung von Straftaten benötigt 	§ 5

	<p>werden. (Keine weitere Vernichtungsfrist).</p> <p>- Die Polizei hat Aufnahmen gegen den Willen von Teilnehmern auf deren Verlangen durch Dritte zu unterbinden. Das Presserecht bleibt unberührt.</p>	
--	--	--

11. 2. Bild- und Tonaufnahmen oder –aufzeichnungen von Teilnehmern/Personen/einer bestimmten Person

BY	<p>- Bild- und Tonaufnahmen und –<i>aufzeichnungen</i> bei oder im Zusammenhang mit Versammlungen von Teilnehmern nur <i>offen</i> und nur, wenn von ihnen erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen.</p> <p>- Unverzügliche Auswertung und</p> <p>- Löschung der Aufzeichnungen innerhalb von <i>zwei Monaten</i> oder spätestens nach <i>sechs Monaten</i>, soweit sie zur</p> <p>a) Verfolgung von Straftaten <i>bei oder im Zusammenhang mit der Versammlung</i> oder</p> <p>b) wie Bund (s. 11.1) benötigt werden.</p> <p>- Gründe für die Anfertigung und Verwendung von Aufzeichnungen sind zu dokumentieren.</p>	Art. 9
NI	<p>- <i>Offene</i> Bild- und Tonaufzeichnungen <i>auf dem Weg zu</i> oder in einer Versammlung von einer bestimmten Person zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit (freier Himmel) bzw. unmittelbaren Gefahr für die Friedlichkeit (geschlossene Räume),</p> <p>- Löschung oder unumkehrbare Anonymisierung der Aufzeichnungen unverzüglich bzw. spätestens nach zwei Monaten, soweit unerlässlich für</p> <p>a) wie Bund (s. 11.1)</p> <p>b) zur <i>Behebung einer Beweisnot</i>.</p> <p>- Zwecke der Anfertigung und Verwendung von Aufzeichnungen sind zu dokumentieren.</p>	§§ 12, 17
ST	<p>Sinngemäß wie Bund (s. 11.1), gilt aber nur für Versammlungen unter freiem Himmel;</p> <p>- abweichend: bei Gefahren für die öff. <i>Sicherheit</i>.</p>	§ 18
FDP SH	<p>Wie NI;</p> <p>ergänzend: Die Polizei kann personenbezogene Daten von einer bestimmten Person erheben und verarbeiten, um eine von ihr verursachte erhebliche/unmittelbare Gefahr für die öff. Sicherheit/Friedlichkeit abzuwehren.</p>	§§ 16, 21
GRÜNE SH	<p>- <i>Offene oder zumindest offen erkennbare</i> Bild- und Tonaufnahmen bzw. –<i>aufzeichnungen</i> von Personen sowie <i>Erhebung personenbezogener Daten</i> zur Abwehr von Gefahren nach § 19 Abs. 1 (gewalttätiger Verlauf, Gefahr für Leben und Gesundheit von Personen, Verstoß gegen Strafgesetze, Aufforderung zu Straftaten);</p> <p>- Löschung unverzüglich nach Beendigung der Versammlung oder zeitlich und sachlich damit unmittelbar in Zusammenhang stehenden Ereignissen bzw. nach <i>zwei Monaten</i>, soweit benötigt zur</p> <p>a) Verfolgung von Straftaten nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 oder</p> <p>b) Gefahrenabwehr bei Begehung von Straftaten nach § 19 Abs. 1 Nr. 3, wenn zu besorgen ist, dass von der Person auf künftigen Versammlungen</p>	§ 20

	eine Gefahr ausgehen wird. - Gründe für die Anfertigung und Verwendung von Aufnahmen sind zu dokumentieren.	
ME	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Offene</i> Bild- und Tonaufnahmen und –aufzeichnungen von einer Person bei oder im Zusammenhang mit einer öff. Versammlung zur Abwehr <ul style="list-style-type: none"> - einer von der Person ausgehenden erheblichen Gefahr (freier Himmel), - von Gefahren nach § 23 Abs. 1 (unfriedlicher Verlauf, Gefährdung von Leben und Gesundheit, Verbrechen oder Vergehen darstellende Äußerungen) (geschlossene Räume). - Zulässigkeit <i>verdeckter</i> Aufnahmen oder Aufzeichnungen auf öff. Versammlungen unter freiem Himmel, falls anderenfalls die körperliche Unversehrtheit der aufnehmenden Person gefährdet wäre. - Die von einer Aufzeichnung betroffene Person ist zu unterrichten. - Vernichtung der Aufzeichnungen unverzüglich bzw. nach <i>einem Jahr</i>, soweit verwendet <ul style="list-style-type: none"> a) zur Verfolgung von Straftaten <i>in oder im Zusammenhang mit der Versammlung</i>, b) sinngemäß wie Bund (s. 11.1), c) zur befristeten Dokumentation polizeilichen Handelns, sofern eine Störung der öff. Sicherheit eingetreten ist oder d) zum Zweck der polizeilichen Aus- und Fortbildung. - Soweit Aufzeichnungen zur polizeilichen Aus- und Fortbildung benötigt werden, ist eine eigene, die Identifizierung der abgebildeten Personen unumkehrbar ausschließende Fassung herzustellen. - Gründe für die Anfertigung und Verwendung von Aufzeichnungen sind zu dokumentieren. 	§§ 16, 26

11. 3 Übersichtsaufnahmen und –aufzeichnungen

E-BL	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Übersichtsaufnahmen</i> von einer Versammlungen unter freiem Himmel und ihrem Umfeld zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes. - Identifizierung von abgebildeten Personen nur zulässig, wenn von ihnen eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgeht sowie zur Verfolgung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit oder zur Verhütung einer Straftat. - Zu Verwendung und Vernichtung von Aufnahmen s. 11.1. E-BL. <p>Für Übersichtsaufnahmen in geschlossenen Räumen gelten die Bestimmungen über Aufnahmen von einer teilnehmenden Person (s. 11.1 E-BL) entsprechend.</p>	§ 12, 16
BY	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Übersichtsaufnahmen</i> von Versammlungen unter freiem Himmel und ihrem Umfeld zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes nur <i>offen</i> und nur, wenn wegen <i>Größe oder Unübersichtlichkeit im Einzelfall erforderlich</i>; - <i>Aufzeichnungen</i> von Übersichtsaufnahmen nur bei erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung; - Identifizierung einer abgebildeten Person nur zulässig, wenn von ihr erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehen. - Zu Verwendung und Löschung der Aufzeichnungen s. 11. 2 BY. - Gründe für die Anfertigung und Verwendung von Aufzeichnungen sind zu dokumentieren. 	Art. 9

	<ul style="list-style-type: none"> - Soweit Übersichtsaufzeichnungen zur polizeilichen Aus- und Fortbildung benötigt werden, ist eine eigene, die Identifizierung der abgebildeten Personen unumkehrbar ausschließende Fassung herzustellen. 	
NI	<ul style="list-style-type: none"> - Offene <i>Beobachtung einer unübersichtlichen Versammlung und ihres Umfeldes mittels Bild- und Tonübertragung</i> zur Abwehr einer Gefahr für die öff. Sicherheit oder Ordnung (Versammlung unter freiem Himmel) bzw. für die Friedlichkeit (geschlossene Räume). - Offene <i>Übersichtsaufzeichnungen von nicht bestimmten teilnehmenden Personen</i> zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung (freier Himmel) oder für die Friedlichkeit (geschlossene Räume). - Identifizierung einer abgebildeten Person nur zur Abwehr einer von dieser verursachten erheblichen Gefahr zulässig. - zu Löschung und Dokumentation der Aufzeichnungen s. 11.2. NI. 	§§ 12, 17
FDP SH	<p>Wie NI;</p> <p>Abweichend: (Offene Beobachtung einer unübersichtlichen Versammlung unter freiem Himmel...) zur Abwehr einer <i>im Einzelfall bevorstehenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit</i>.</p>	§§ 16, 21
GRÜNE SH	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Übersichtsaufnahmen</i> offen oder zumindest offen erkennbar <ul style="list-style-type: none"> - bei oder im Zusammenhang mit Versammlungen unter freiem Himmel zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes nur, wenn wegen Größe und Unübersichtlichkeit im Einzelfall erforderlich, - in geschlossenen Räumen nur unter Voraussetzung von § 19 Abs. 1 (gewalttätiger Verlauf, Gefahr für Leben und Gesundheit, Verstoß gegen Strafgesetze, Aufforderung zu Straftaten). - Identifizierung einer abgebildeten Person nur zulässig soweit Voraussetzungen nach § 19 Abs. 1 vorliegen. - Versammlungsleiter ist unverzüglich von Übersichtsaufnahmen und -aufzeichnungen in Kenntnis zu setzen. - Verwendung für Schulungszwecke, soweit Personen nicht identifizierbar sind. - Gründe für die Anfertigung und Verwendung von Aufnahmen und Aufzeichnungen sind zu dokumentieren. - <i>Das ULD unterzieht die Vorschrift einer jährlichen Revision und wird über durchgeführte Maßnahmen, die Aufzeichnung von Bild-, Ton- und Übersichtsaufnahmen sowie deren weitere Verwendung und Löschung unterrichtet.</i> 	§ 20
ME	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Übersichtsaufnahmen</i> von öff. Versammlungen unter freiem Himmel und ihrem Umfeld zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes <i>offen</i> und nur, wenn wegen <i>Größe oder Unübersichtlichkeit im Einzelfall erforderlich</i>. - <i>Aufzeichnungen</i> von Übersichtsaufnahmen nur bei erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit. - Identifizierung einer abgebildeten Person nur zulässig, wenn von ihr erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit ausgehen; die Person ist von der Maßnahme zu unterrichten. - Zu <i>verdeckten</i> Aufnahmen s. 11.2. ME. - Die Versammlungsleitung ist unverzüglich über Aufnahmen und Aufzeichnungen in Kenntnis zu setzen. - Zu Verwendung, Vernichtung und Dokumentation der Aufzeichnungen s. 11.2 ME. 	§ 16

12. Kontrollstellen

	Öff. Versammlungen unter freiem Himmel	Öff. Versammlungen in geschlossenen Räumen	
Bund	Keine Regelung		-
E-BL	Keine Regelung		-
BY	Keine Regelung		-
NI	Keine Regelung		-
SN	Keine Regelung		-
ST	Keine Regelung		-
FDP SH	<p>„(1) Auf den Anfahrtswegen zu der Versammlung können Kontrollstellen errichtet werden. Kontrollstellen sind so einzurichten, dass die Kontrollen zügig durchgeführt werden können.</p> <p>(2) Identitätsfeststellungen sowie weitere polizei- und ordnungsrechtliche oder strafprozessuale Maßnahmen sind nur zulässig, soweit sich an der Kontrollstelle tatsächliche Anhaltspunkte für einen bevorstehenden Verstoß gegen §§ 8 oder 17 oder für die Begehung strafbarer Handlungen ergeben.</p> <p>(3) Bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Waffen mitgeführt werden oder der Einsatz von Gegenständen im Sinn von § 8 Abs. 1 Nr. 2, § 8 Abs. 2 oder § 17 die öffentliche Sicherheit bei Durchführung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel unmittelbar gefährden wird, können Personen und Sachen durchsucht werden. Die Durchführung der Durchsuchungen richtet sich nach dem Landesverwaltungs-gesetz des Landes Schleswig-Holstein.“</p>		§ 15
GRÜNE SH	Keine Regelung		-
GRÜNE NI	Keine Regelung		-
ME	„(1) Bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Waffen mitgeführt werden oder der	„(1) Bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Waffen mitgeführt werden	§§ 15, 25

	<p>Einsatz von Gegenständen im Sinn von § 8 Nr. 2, § 17 oder § 18* die öffentliche Sicherheit bei Durchführung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel unmittelbar gefährden wird, können auf den Anfahrtswegen zu der Versammlung Kontrollstellen eingerichtet werden, um Personen und Sachen zu durchsuchen. Die Durchführung der Durchsuchungen richtet sich nach dem Landespolizeirecht. Kontrollstellen sind so einzurichten, dass die Kontrollen zügig durchgeführt werden können.</p> <p>(2) Identitätsfeststellungen sowie weitere polizei- und ordnungsrechtliche oder strafprozessuale Maßnahmen sind nur zulässig, soweit sich an der Kontrollstelle tatsächliche Anhaltspunkte für einen bevorstehenden Verstoß gegen §§ 8, 17, 18 oder für die Begehung strafbarer Handlungen ergeben.“</p> <p>* Verbot von zur Verletzung von Personen oder Beschädigung von Sachen geeigneten Gegenständen, Vermummungs-, Schutzausrüstungs- und Militanzverbot.</p>	<p>oder der Einsatz von Gegenständen im Sinn von § 8 Nr. 2 bei Durchführung einer öffentlichen Versammlung in geschlossenen Räumen Gefahren gemäß § 23 Abs. 1 verursacht, können auf den Anfahrtswegen zu der Versammlung Kontrollstellen errichtet werden, um Personen und Sachen zu durchsuchen. Die Durchführung der Durchsuchungen richtet sich nach dem Landespolizeirecht. Kontrollstellen sind so einzurichten, dass die Kontrollen zügig durchgeführt werden können.</p> <p>(2) Identitätsfeststellungen sowie weitere polizei- und ordnungsrechtliche oder strafprozessuale Maßnahmen sind nur zulässig, soweit sich an der Kontrollstelle tatsächliche Anhaltspunkte für einen bevorstehenden Verstoß gegen § 8 oder für die Begehung strafbarer Handlungen ergeben.“</p>	
--	--	---	--

13. Straf- und Bußgeldvorschriften

Die Vorschriften über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten werden aufgrund ihres Umfangs und ihrer Komplexität nicht im Einzelnen gegenübergestellt.

Anmerkung:

Der ME hält den Katalog der Straftatbestände gegenüber der Bundesregelung eng. Er ordnet lediglich folgende Verhaltensweisen als Straftatbestände ein (genauso FDP SH und GRÜNE SH):

1. Wer in der Absicht, nicht verbotene Versammlungen zu verhindern oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht,

2. wer bei Versammlungen Waffen oder Gegenstände entgegen § 8 Nr. 2 mit sich führt oder auf dem Weg zu einer Versammlung oder im Anschluss an eine Versammlung mit sich führt, zu der Versammlung hinschafft oder sie zur Verwendung bereithält oder verteilt oder wer bewaffnete Ordner in öffentlichen Versammlungen einsetzt,
3. wer gegen die Leitung oder die Ordner in der rechtmäßigen Ausübung von Ordnungsaufgaben Gewalt anwendet oder damit droht oder diese Personen während der rechtmäßigen Ausübung von Ordnungsaufgaben tätlich angreift.

Bund	§§ 21 - 30
E-BL	Abschnitt 4 (enthält keine Regelungsvorschläge)
BY	Art. 20 - 22
NI	§§ 20 - 22
SN	§§ 22 - 31
ST	§§ 20 - 29
FDP SH	§§ 22 - 24
GRÜNE SH	§§ 21 - 23
GRÜNE NI	§§ 17 -25
ME	§§ 27 - 29

14. Anwendbarkeit des Polizeirechts

Bund	Keine Regelung	-
E-BL	Keine Regelung	-
BY	Keine Regelung	-
NI	Ausdrücklich für die Sicherstellung von Gegenständen nach §§ 27 bis 29 Nds. SOG.	§ 10 Abs. 2, § 15 Abs. 3
SN	Keine Regelung	-
ST	Keine Regelung	-
FDP SH	Sinngemäß wie ME	§ 9
GRÜNE SH	Keine Regelung	-
GRÜNE NI	Keine Regelung	-
ME	„(1) Soweit das Versammlungsgesetz die Abwehr von Gefahren gegenüber einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmern nicht regelt, sind Maßnahmen gegen sie nach dem Landespolizeirecht zulässig, wenn von ihnen nach den zum Zeitpunkt der Maßnahme erkennbaren Umständen vor oder bei der Durchführung der Versammlung oder im Anschluss an sie eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. (2) Für Versammlungen in geschlossenen Räumen gilt Absatz 1 für den Fall, dass von den Teilnehmerinnen oder Teilnehmern eine Gefahr im Sinne von § 23 Abs. 1 ausgeht.“	§ 9

	(3) Maßnahmen vor Beginn der Versammlung, welche die Teilnahme an der Versammlung unterbinden sollen, setzen eine Teilnahmeuntersagung nach § 14 oder § 24 voraus.“	
--	---	--

15. Unabhängige Versammlungsbeobachtung

Bund	Keine Regelung	-
E-BL	Keine Regelung	-
BY	Keine Regelung	-
NI	Keine Regelung	-
SN	Keine Regelung	-
ST	Keine Regelung	-
FDP SH	Keine Regelung	-
GRÜNE SH	<p>„(1) Es besteht das Recht auf unabhängige und neutrale Versammlungsbeobachtung.</p> <p>(2) Das Recht auf Beobachtung haben Personen, die von akkreditierten zivilgesellschaftlichen Verbänden entsandt werden, deren Zweck die Wahrung der Menschen- und Grundrechte umfasst. Das Recht steht auch den Beauftragten der Vereinten Nationen, des Europarats, der Europäischen Union sowie Abgeordneten aus dem Europaparlament, Bundestag und den deutschen Landtagen zu.</p> <p>(3) Die Versammlungsbeobachtung umfasst das Recht zur vollständigen Bewegungsfreiheit im Bereich der Versammlung und zur ungehinderten Aufnahme und Aufzeichnung von Bild und Ton. § 20 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Die Bewegungsfreiheit kann bei tatsächlichen Anhaltspunkten für eine unmittelbare Gefahr für Leib oder Leben eingeschränkt werden.</p> <p>(5) Verbände im Sinne des Absatzes 2 Satz 1 bedürfen der Akkreditierung durch das Justizministerium des Landes. Sie werden zur Versammlungsbeobachtung zugelassen, wenn sie eine sorgfältige Auswahl und regelmäßige Fortbildung der Beobachter und Beobachterinnen garantieren. Ihre Zulassung ist bei Fortfall der Voraussetzung zu widerrufen.</p> <p>(6) Die Verbände gem. Abs. 2 Satz 1, die Beobachter zu einer Versammlung entsenden wollen, sind verpflichtet, die Beobachtung in der Regel mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung dem Innenministerium schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige hat eine Liste mit Namen und Adressen der Beobachterinnen und Beobachter zu enthalten. Die Beobachterinnen und Beobachter erhalten einen Ausweis und Westen.</p> <p>(7) Im Einzelfall kann die Gesamtzahl der von Verbänden entsandten Versammlungsbeobachterinnen und Versammlungsbeobachtern beschränkt werden, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist.</p> <p>(8) Im Rahmen einer Versammlungsbeobachtung erstellte Berichte, die dem Innenministerium zugeleitet wurden, publiziert das Mi-</p>	§ 17

	nisterium unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte Betroffener.“	
GRÜNE NI	Keine Regelung	-
ME	Keine Regelung	-

16. Konfliktmanagement

Bund	Keine Regelung	-
E-BL	Keine Regelung	-
BY	Keine Regelung	-
NI	Keine Regelung	-
SN	Keine Regelung	-
ST	Keine Regelung	-
FDP SH	Keine Regelung	-
GRÜNE SH	<p>„ (1) Ist aufgrund der Art, des geplanten Ablaufs oder sonstiger Umstände einer Versammlung zu erwarten, dass es zu Konflikten, insbesondere zu Gewalttätigkeiten kommen kann, richtet die zuständige Behörde als integralen Bestandteil ihrer Einsatzkonzeption ein Konfliktmanagement ein.</p> <p>(2) Die Aufgabe des Konfliktmanagements besteht darin, Gewaltpotential zu erkennen, eine Eskalation von Gefahrenlagen zu verhindern und dadurch das Risiko für alle Beteiligten und die Allgemeinheit zu minimieren. Die Konfliktmanagerinnen und Konfliktmanager sollen jederzeit ansprechbar sein und deeskalierend wirken. Sie schlichten, verhandeln, informieren, unterstützen und helfen; dabei beziehen sie auch die Öffentlichkeit und die nach § 16 Absatz 2 befugten Stellen und Personen mit ein. Sie haben eine Mediationsausbildung und sind überparteilich.</p> <p>(3) Sich abzeichnende Konflikte und Gefahrenlagen, sowie mögliche Handlungen, diese zu vermeiden, werden in geeigneter Form der Öffentlichkeit dargestellt.“</p>	§ 13
GRÜNE NI	Keine Regelung	-
ME	Keine Regelung	-